

Zeitschrift: Die Berner Woche

Band: 33 (1943)

Heft: 26

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 21.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

POLITISCHE RUNDSCHEAU

Um die Zukunft der Landwirtschaft

-an- «Sicherung der schweizerischen Landwirtschaft in der Nachkriegszeit»... dies ist ein Thema, welches nicht nur die Bauernschaft interessiert. Die eidgenössische Studienkommission, welche sich soeben konstituiert und in Einzelabteilungen gliedert, um die verschiedenen Fragen bis ins Einzelne durchzustudieren, wird also von «Fernrohren» der verschiedensten Beobachter aus allen Lagern verfolgt werden. Es geht um eine Fundamentalfrage unserer wirtschaftlichen Zukunft, die da studiert wird. Jede politische Partei, jede Erwerbsgruppe im Lande wird ihre besondern Befürchtungen oder Hoffnungen hegen, jede wird Vorschläge zur Hand haben, wird gegen die oder jene Festlegung etwas einwenden. Wohlangebracht ist die *Ermahnung von Bundesrat von Steiger*, sich «im rechten Geist» an die Aufgabe zu machen. Das heisst: In der rechten *Gesinnung* — es muss aber auch heissen: *Mit den richtigen, alles überschauenden Einsichten*. Mit dem Blick aufs Ganze und auf alle zu beachtenden Zusammenhänge.

Ueberlegen wir, dass in der Kriegszeit die «Zukunft der Landwirtschaft», wie sie der Kurzsichtige etwa versteht, einfach zurückgebunden wurde. Wie ganz anders hätte man mit den Preisen «bergsteigen» können, wäre nicht die Preiskontrolle gewesen! In den drei vergangenen Jahren hat das vaterländische Kommando für den Bauern immer und immer wieder «Masshalten» gelautet, immer wieder «Verzicht» auf Konjunkturausnützung, das hieß aber auch Verzicht auf rapide Entschuldung der kräftigen Betriebe.

Es ist nun logisch, dass dieselbe Maxime der «geleiteten Preisbildung» weitergelten muss, wenn der natürliche Druck eine Senkung, wenn nicht gar einen Absturz der landwirtschaftlichen Preise, statt des Kletterns in die Höhe, bringt. So wie man das Klettern verhinderte, muss auch der Preisfall verhindert werden. Man wird erleben, dass *Exportindustrie* und *Konsumentenpolitiker* vergesslich sind und Logik und Konsequenz zu Hause lassen. Ihnen wird man sagen müssen, dass der Schutz des einen auch den Schutz des andern gebietet: Schützte man die Masse vor zu hohen Preisen, wird man die Landwirtschaft vor «Verarmungspreisen» sichern müssen.

Um diesen Punkt wird sich alles drehen, mag man verfassungsrechtliche Verankerung einer neuen landwirtschaftlichen Gesetzgebung ins Auge fassen oder nicht, mag man eine Regelung der Dienstbotenfrage einbeziehen oder nicht einbeziehen usw. Das «Ei des Kolumbus» auf seine Spitze stellen, heisst in unserm Falle jedoch: Sowohl die Bauern sichern als Konsumenten und Exporthandel befriedigen! Und dazu: «Die Abwertung des Frankens» verhüten — und — die Schulden des Bundes und der SBB verzinsen. So weit muss die Uebersicht der genannten Kommission wohl reichen!

Im Ungewissen

Ruhe an allen Fronten im Osten, ausgenommen an der Luftfront, Ruhe im Westen, ausgenommen in der Luft und über den Ozeanen, Unruhe in den besetzten Gebieten, welche die Invasionen erwarten, dazu fiebernde Erregung überall dort, wo man sich auf die Invasion oder auf ihre Abwehr vorbereitet! Zeichen dieser Erregung sind Gerüchte der oder jener Art, welche andeuten, bis zu welchen verzweifelten Hoffnungen man sich flüchtet, um

Auswege aus dem Unentrinnbaren zu finden, oder Umwege, um sehr schweren Aufgaben auszuweichen.

Es ist immer wieder von Friedensfühlern die Rede. Der *Papst* hat vor einer grossen Arbeiterversammlung die *Tätigkeit des Vatikans für den Frieden* bestätigt. *Bukarest* dementiert eigene Verhandlungsversuche. In *Algier* zirkulierten Nachrichten, dass eine *italienische Friedensmission* unterwegs sei. Sie sollte von einem königlichen Prinzen oder von Marschall *Badoglio* geführt sein. Die «Friedenspartei» im Königreich, die man gerne vermuten möchte, habe die Oberhand gewonnen und unter dem Eindruck der verschärften Bombardierungen gehandelt. Das Auftauchen solcher Nachrichten ist verständlich, würde doch das Einschwenken Italiens die «härteste aller Aufgaben», wie Churchill sagte, die Landung und den nachherigen Kampf gegen die Millionenarmee des «Regno» und seines Verbündeten umgehen. Es hat sich gezeigt, dass London nicht Algier sei. Dort oben beurteilt man die Lage überaus nüchtern. Algier brütet in sommerlicher Hitze. Alle «*Einigungen* zwischen *Giraud* und *de Gaulle* haben die *Differenzen im Befreiungskomitee* nicht beseitigt. *De Gaulle*, der es verstanden, die Amerikaner für sich zu gewinnen und die Engländer, die ihn vorher gehalten, zu eindeutiger Unterstützung zu veranlassen, spannt den Bogen seiner Forderungen zu hart. Sein immerwährendes Drohen mit «*Abreise nach Brazzaville*» oder wenigstens mit Austritt aus dem Komitee lässt sich schwer verstehen. Um den längsten Tag herum intervenierte *Eisenhower* und schien den Franzosen die wünschbare Einigkeit diktieren zu wollen.

Die Fernstehenden übersehen bei diesem innerfranzösischen Streit zweierlei: Das Regime de Gaulles hat seine eigene dreijährige Geschichte. Er und seine engen Mitarbeiter sind erste Opfer der

«Collaboration» Vichys.

In contumaciam Verurteilte, zum Tode Verurteilte, Ausgebürgerte, Verfehmte also. Sie haben bis zur nordafrikanischen Aktion zugesehen, wie die USA, lange Zeit auch England, mit der gleichen Regierung, welche das «kämpfende Frankreich» verdammte, die Beziehungen fortführten, während den de Gaulleschen Aktionen geringe Unterstützung gewährt oder Steine in den Weg gelegt wurden. Aus den schweren Erfahrungen zweier Jahre leitet sich das Misstrauen de Gaulles gegen die Beschützer der «Giraudins» her, welche all die «Mitgänger» in der Zeit der «Collaboration» in ihren Reihen dulden wollten, ohne radikal zu «säubern». Dass de Gaulle die Abberufung von *Noguès in Marokko*, die *Abkommandierung Peyroutons* vom Posten des algerischen Gouverneurs in die Armee, die Opferung *Boissons*, welcher seinerzeit die Gaullisten vor Dakar zurückslug, erreichte, schien den vollen Sieg zu bedeuten. Heute geht der *Streit um den Oberbefehl in der Armee*. De Gaulle hat nicht durchsetzen können, dass ihm *Giraud* das Kommando abtrat. Infolgedessen verlangt nun de Gaulle eine «Zuteilung von Freiwilligen», welche in *seinen* Korps zu dienen hätten. Das bedeutet eine Zweiteilung der Armee. Warum er dieses Verlangen stellt, ist begreiflich. Nord- und Westafrika erlauben die Rekrutierung von Hunderttausenden. Sie würden alle in die Divisionen eingereiht, in welchen die mit *Darlan* und *Giraud* auf die Seite der Alliierten getretenen Offiziere kommandieren. Das Freikorps de Gaulle

les sänke zur Bedeutungslosigkeit herab, hat es doch nie mehr als 30 000 Mann umfasst. So reklamiert er also Rekruten für seinen *General Larminat*, der am Tschadsee und im Kongo mitkämpfte, als die heutigen Kommandierenden der «neuen französischen Armee» noch Vichy folgten, Giraud ausgenommen, welcher in deutscher Gefangenschaft sass.

Der Ausgang des Ringens zwischen den Parteien hängt von zwei Umständen ab: Von den Machtverschiebungen hinter den Kulissen, und von den militärischen Ereignissen. Hinter den Kulissen sperren sich mächtige amerikanische und britische Gruppen gegen die weitere Schwächung jener Kreise um Giraud, die schliesslich an der Verschwörung gegen Vichy teilgenommen und eine Landung der Alliierten ermöglicht hatten. Es sind *wirtschaftliche Gruppen*, die allerlei Brücken schlugen. De Gaulle als oberster Kommandeur könnte die Zirkel dieser Interessen stören, während Giraud als sogenannter «Unpolitischer» der nordamerikanischen Expansion auf französischem Boden geringern Widerstand entgegensezten. Die Eingeweihten sagen uns, de Gaulle habe *britische* Interessen für sich. Man kann also wohl behaupten, dass sich sofort eine Entspannung einstellen könnte, wenn die Briten und Amerikaner sich einigen würden und genau wüssten, was *sie* wollten!

Die deutsch-russische «Friedensente», welche vor bald zwei Wochen aufgeflogen, ist von der russischen Gesandtin in Schweden, der siebzigjährigen, übrigens kranken, *Frau Kollontay*, abgeschossen worden. Eine Lüge, sagt sie, von der deutschen Propaganda erfunden. Dabei hatte das schwedische Blatt, welches von den stattgefundenen Besprechungen zwischen russischen und deutschen Offizieren berichtete, ziemlich genau beschrieben, worüber verhandelt werden sei und was schliesslich die Verhandlungen zum Scheitern gebracht hat. Es hatte auch berichtet, *Frau Kollontay* selber sei an der Zusammenkunft führend beteiligt gewesen.

Schaut man sich nachträglich diese «Ente» genauer an, kommt man zu allerlei Feststellungen. Die Russen hätten Weissrussland und das Baltikum zurückbekommen, aber auf die Ukraine verzichten sollen, sagt das Blatt, das als achsenfreundlich gilt. Nun kann Stalin die Ukraine nicht opfern. Hitler aber kann sie als die Kornkammer seines neuen Europa nicht preisgeben. Verständlich, dass hieran jede Konferenz scheitern müsste. Aber die Rückgabe der übrigen besetzten Länder — dies ist wohl gerade das, was die Achse als Angebot für einen Kompromissfrieden bieten müsste. So scheint jenes schwedische Blatt weniger von stattgefundenen Verhandlungen gesprochen, als sie «durch die Blume» vorgeschlagen zu haben. Voraussetzung eines solchen Vorschlagens ist die Annahme, die Russen hätten genug geblutet, wüssten, welche Schwierigkeiten sich einer «Sommeroffensive» entgegenstellten, hätten am Kuban erfahren, wie stark der Widerstand des «Ostwalles» sein werde, und hätten schliesslich — ihr Misstrauen gegen die angelsächsischen Verbündeten nicht überwunden. Behauptet man übrigens, es fänden Verhandlungen statt, schürt man das Misstrauen, das allenfalls vorhanden wäre! Dies also war der Sinn der Friedensente.

Man muss in diesem Zusammenhang beifügen, dass wohl während jeder Kriegsphase, vor allem jedesmal, wenn neue Offensiven bevorstanden, irgendwo Besprechungsversuche unternommen wurden. In Schweden, wo deutsche Urlauber transitieren, können also sehr wohl «sehr unverbindliche» Zusammenkünfte vorgekommen sein.

Zur Annahme auf Achsenseite, es könnten auch weiter-

hin, allen Beteuerungen zum Trotz, Spaltpilze zwischen Russen und Angelsachsen einen guten Nährboden finden, trägt zweifellos der

Bergarbeiterstreik in USA, welcher nun seit Montag früh Tatsache geworden, das seine bei. *John Lewis*, der Chef der Bergarbeiter, hat freilich den Ausstand mit der Beteuerung, *er und seine Leute seien vaterländisch gesinnt und würden für die Regierung weiterarbeiten*, begonnen. Für die Propagandisten der Achse jedoch ist ein Streik seinem Sinne nach immer «bolschewistisch», sind die Führer eines Streiks ihrer Einstellung nach «kommunistisch-jüdische Agenten», muss also die schwere Schädigung der amerikanischen Kriegsproduktion durch Einstellung der Kohlenlieferungen an die Fabriken eine Machenschaft Moskaus zur Desorganisierung Amerikas sein. Also ein Beweis dafür, dass in der «bolschewistisch-plutokratischen Allianz» die internen Feindseligkeiten auch auf der höchsten Kurve der Kriegsanstrengungen weitergehen!

Wie oft hat die Achsenpropaganda England vor den Konsequenzen eines Bündnisses mit den Russen gewarnt, wie oft Amerika prophezeit, dass das «trojanische Pferd» in seinen Mauern stehe! Nun ist wieder Gelegenheit, zu wiederholen: Bolschewiki untergraben Plutokraten! Natürlich sind dies von Wünschen bedingte Blickverschiebungen. *Die amerikanischen Kommunisten*, eine sehr schwache Gruppe, haben Lewis und seinen Streik aufs schärfste abgelehnt. In Wahrheit unternimmt der Chef dieser einst am schlechtesten bezahlten Arbeiter, welche heute «zwei Dollar Mehrlohn pro Tag» als möglich ansehen, einen grossen Versuch, die Verstaatlichung der Gruben zu erzwingen. Er hält den Moment dazu für günstig. Denn niemals zuvor liess sich die Notwendigkeit der Arbeit in den Gruben so deutlich wie heute beweisen. Das «Antistreikgesetz», welches soeben fertig geworden, verbietet Aussstände während des Krieges, verbietet sie für alle kriegswirtschaftlichen Betriebe. Gut, erklärt Lewis: Wir akzeptieren, sobald wir wissen, dass wir für die Regierung arbeiten! Vermutlich kürzen die zwei Dollars Mehrlohn die Gewinne der Grubenbesitzer sehr. Sind sie zu einer Abtretung ihres Besitzes an die Regierung mürbe? Es wird sich zeigen, ob *Roosevelt* und *Ickes*, welcher mit den Arbeitern verhandelt, einen Weg finden, der den Bruch sowohl mit den Arbeitern als auch mit den Besitzern vermeidet.

Und die Fronten?

Die Russen sagen, dass sie aus englischen, amerikanischen und eigenen Fabriken 3000 Flugzeuge in erster Linie gegen 2000 deutsche vorschicken könnten. Von ihnen ist nicht anzunehmen, dass sie Lewis zu seinem Unternehmen ermuntert hätten. Ihre Langstreckenbomber operieren gegen weitentlegene Ziele, worunter wichtige Dnjeprbrücken, so die bei Mohilew, gehören. Die achtägige Schlacht an der Oka nördlich Mzensk bei Orel raubte den Deutschen einen lokalen «Offensivpunkt» und schaffte an seiner Stelle einen wichtigen Flankierungspunkt gegen Orel. Es ist für jeden objektiven Beobachter klar, dass solche Operationen alles andere als «Verhandlungsbereitschaft» andeuten. Die Sicherung der besten Ausgangspositionen für einen Angriff lässt auf «allerletzte Vorbereitungen» für entscheidende Unternehmungen schliessen. Selbst die eingestellte Kubanoffensive zeigt an, dass keine Kräfte mehr zersplittert werden sollen: Langstreckenbomberraids, Nahüberfälle auf Frontflugplätze, verstärkte Partisanenaktionen, der Besuch Admiral Cunninghams in der Türkei, die Schliessung der syrischen Grenzen für zwei Tage, alles deutet auf das Ge-wisse hin, das hinter dem Ungewissen steht: Die kommenden Grosskämpfe, welche mit der «Invasion im Westen» gleichzeitig losbrechen sollen.